

Gambia. Die politische Lage.



Nach dem 2. Weltkrieg begann Großbritannien mit der verspäteten Förderung der Entwicklung Gambias und bildete einige Einheimische für Verwaltungsaufgaben aus. In den fünfziger Jahren entstanden politische Parteien und 1960 fanden landesweite Wahlen statt.

Am 18. Februar 1965 wurde Gambia unabhängig. Premierminister wurde Sir Dawda K. Jawara. In einer 1970 abgehaltenen nationalen Volksabstimmung stimmten die Einwohner Gambias für den Aufbau einer Republik, deren Präsident Jawara wurde. Er und seine People's Progressive Party gewannen auch alle folgenden Wahlen und blieben bis zum Juli 1994 im Amt.

Während eines von Libyen unterstützten Putschversuchs 1981 wurden etwa 500 Menschen getötet. Der Grund für das Misslingen des Putsches war die Intervention Senegals, die zur Gründung der Konföderation Senegambia führte; der Präsident der Konföderation wurde Abdou Diouf, Senegals Präsident, sein Stellvertreter wurde Jawara. Das Ergebnis der Konföderation war eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Konföderation mit Senegal brach 1989 zusammen, 1991 wurde jedoch ein neuer Freundschaftsvertrag unterzeichnet. In einem unblutig verlaufenen Staatsstreich wurde der Präsident am 22. Juli 1994 von einer Gruppe junger Armeeeoffiziere unter der Führung von Leutnant Jajah Jammeh gestürzt, der sich am 26. Juli selbst zum Staatsoberhaupt ernannte. Unter seiner Führung bildete sich ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Provisional Ruling Military Council of Patriotic Forces und die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt. Im Oktober 1994 verkündete Jammeh als Antwort auf einen Beschluss Großbritanniens und der Europäischen Union, die wirtschaftliche und militärische Hilfe für Gambia zu kürzen, das Land würde nach einer vierjährigen Übergangszeit wieder zur Demokratie zurückkehren. Im August 1996 wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Die Judikative besteht aus einem Obersten Gerichtshof, einem Appellationsgerichtshof und untergeordneten Magistratesgerichten.

1994 wurde auch die Verfassung von 1970 außer Kraft gesetzt, nach der Gambia eine präsidentiale Republik ist. Das Staats- und Regierungsoberhaupt war der Präsident, der für eine Regierungszeit von fünf Jahren vom Volk gewählt wurde. Er ernannte den Vizepräsidenten, welcher dem Parlament vorstand. Die Exekutive lag gemeinsam beim Präsidenten, Vizepräsidenten und den Ressortministern, während Parlament und Repräsentantenhaus die Legislative bildeten. Das Repräsentantenhaus setzte sich aus 34 vom Volk für vier Jahre gewählten Mitgliedern sowie aus fünf Stammeshäuptlingen, die von den Führern der ethnischen Gruppen des Landes gewählt wurden, acht Mitgliedern ohne Abstimmungsgewalt, die der Präsident ernannte, und dem Generalstaatsanwalt zusammen.



Die PRCPF wurde auch von inneren Konflikten gespalten; so gab es Berichte über einen Putschversuch von zwei führenden Mitgliedern im Januar 1995. Im August 1995 führte Gambia die 1993 abgeschaffte Todesstrafe wieder ein. Am 8. August 1996 fand die Abstimmung über eine neue Verfassung statt. Die neue Verfassung soll die Voraussetzung für die Rückkehr des Landes zu einer demokratischen Regierungsform bilden. Nach offiziellen Zahlen stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent mehr als 70 Prozent der Wähler für die neue Verfassung.

Trotz dieser breiten Zustimmung stößt die Verfassung bei verschiedenen Menschenrechtsgruppen auf scharfe Kritik. Größte Empörung rief eine Verfassungsklausel hervor, nach der die Mitglieder der Militärjunta und ihre Beamten Immunität genießen, was ihre Vergehen gegen die Menschenrechte anbelangt. Eine andere Klausel sieht die Suspendierung vieler durch die Verfassung garantierter Rechte im Falle des „Staatsnotstandes“ vor. Ein Missbrauch dieser Klausel wird befürchtet, da der Begriff „Staatsnotstand“ nirgendwo eindeutig definiert wird.